

Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Tätigkeiten der Weltorganisation

Politik und Sicherheit

Nahost: Massaker von Kirjat Schmonah — Verurteilung Israels und aller Gewaltakte, auch durch die USA — Keine Gleichstellung von individuellen und staatlichen Angriffshandlungen (39)

Der Sicherheitsrat verurteilte am 25. April gleichzeitig Israels Angriffe auf Dörfer im Libanon und alle Gewaltakte im Nahen Osten, besonders diejenigen, in deren Verlauf unschuldige Zivilisten ums Leben kommen. In einer mit 13 Stimmen (bei Nichtteilnahme der Ratsmitglieder China und Irak an der Abstimmung) angenommenen Entschließung wird Israel aufgefordert, weitere militärische Aktionen und Drohungen gegen Libanon zu unterlassen. Alle Beteiligten werden dringlich ersucht, keine weiteren Gewaltakte zu unternehmen. Die Entschließung fordert Israel außerdem auf, die nach dem Angriff mitgeführten libanesischen Staatsangehörigen in ihre Heimat zurückzuschaffen. Alle Parteien werden ersucht, jegliche Aktion zu unterlassen, die die Verhandlungen für einen gerechten und dauerhaften Frieden gefährden (S/Res/347(1974), s. S. 94 dieser Ausgabe).

Der Sicherheitsrat faßte diesen Beschluß nach eingehender Beratung einer libanesischen Beschwerde über einen israelischen Angriff auf sechs libanesischen Dörfer in der Nacht vom 12. auf den 13. April. Israel hat diese Aktion als einen Vergeltungsschlag gegen einen vorausgegangenen arabischen Terroristenüberfall auf die israelische Siedlung Kirjat Schmonah bezeichnet. Israel charakterisierte die Ratsentschließung als einseitig und als eine »Fehlgeburt des Rechts«, weil in ihr jeder Hinweis auf das Massaker von Kirjat Schmonah fehle. Vor der Abstimmung über die Entschließung lehnte der Sicherheitsrat einen Zusatzantrag der USA ab, die Ortsbezeichnung Kirjat Schmonah in die Entschließung einzubauen. Der amerikanische Zusatzantrag wurde mit sieben Stimmen (Kamerun, Peru, Mauretanien, Kenia, Indonesien, China und Irak) abgelehnt. Für den Antrag stimmten die sechs Mitglieder USA, Großbritannien, Frankreich, Costa Rica, Australien und Österreich. Die Sowjetunion und Weißrußland enthielten sich bei der Abstimmung über den amerikanischen Zusatzantrag der Stimme.

In der Debatte traten kaum neue Gesichtspunkte zutage. Aber dennoch handelte es sich keineswegs um einen reinen Routinefall in der langen Kette der israelisch-libanesischen Auseinandersetzungen, mit denen sich der Sicherheitsrat seit dem Juni-Krieg 1967 immer wieder beschäftigen mußte: Zum ersten Mal haben die USA deutlich eine von Israel erheblich abweichende Haltung eingenommen, als sie für die nach israelischer Ansicht parteiische und den tatsächlichen Gegebenheiten im Nahen Osten nicht entsprechende Entschließung stimmten. Die Haltung der USA ist vor dem Hintergrund der Reisediplomatie von Außenminister Kissinger im Nahen Osten und speziell im Lichte seiner delikaten Bemühungen um ein syrisch-israeli-

sches Truppenentflechtungsabkommen zu sehen. In den Vereinten Nationen wurde die Meinung geäußert, daß die USA durch ihre Haltung im Sicherheitsrat den arabischen Regierungen und vor allem dem ägyptischen Präsidenten Anwar Sadat zu verstehen geben wollten, daß sie im Zeichen ihrer neuen Nahost-Flexibilität durchaus bereit seien, um der Sache willen israelische Kritik in Kauf zu nehmen.

Der Sicherheitsrat hatte die Beratung der libanesischen Beschwerde am 15. April begonnen. Der libanesischer Außenminister Fouad Naffah nannte die Angriffe eine vorbedachte Aggression und forderte angemessene und wirksame Maßnahmen gegen Israel. Die libanesischer Regierung könne für den Angriff auf Kirjat Schmonah nicht verantwortlich gemacht werden, da es nicht Sache Libanons sei, die israelischen Grenzen zu schützen.

Israels Vertreter Yosef Tekoah schilderte den Angriff auf Kirjat Schmonah, bei dem 18 Menschen ums Leben gekommen seien, um dann festzustellen, daß bei einer Gegenaktion israelische Einheiten auf libanesischem Gebiet 20 Häuser bekannter Terroristen und Kollaborateure gesprengt hätten. Libanon habe die Pflicht zu verhindern, daß sein Staatsgebiet zur Vorbereitung von Angriffen auf Israel benutzt werde.

In den Stellungnahmen der Ratsmitglieder schwang deutliche Kritik am israelischen Vorgehen mit. Die Skala der Vorhaltungen reichte vom offenen Tadel und der Forderung nach Maßnahmen gegen Israel (Sowjetunion) bis zum stillen Vorwurf, Gewalt rechtfertige nicht Gegengewalt (Großbritannien), der Mahnung an Israel, Grenzverletzungen zu unterlassen (Frankreich) und der nochmaligen Erinnerung, daß die Souveränität Libanons zu respektieren sei (Österreich).

Nach der Abstimmung sprach sich der Delegierte Chinas gegen Passagen der Resolution aus, die er als Aufforderung an die Palästina-Araber und andere Araber deutete, sich dem Urteilspruch der Supermächte zu beugen und auf Notwehrakte gegen den israelischen Angreifer zu verzichten. Die Sowjetunion hielt die Resolution für zu schwach, konnte ihr aber zustimmen, weil Libanon mit ihr einverstanden war, sagte Sowjetvertreter Jakob Malik. Der irakische Vertreter Talib el Schibin, der als Ratspräsident den Vorsitz führte, wandte sich gegen eine Gleichstellung von individuellen Gewaltakten und staatlichen Angriffshandlungen. Israels Vertreter Tekoah hatte vor der Abstimmung, als bereits feststand, daß der Rat den amerikanischen Zusatzantrag ablehnen und dem von Israel als einseitig empfundenen Resolutionstext ohne Änderung zustimmen würde, aus Protest den Saal verlassen.

Irak-Iran: Streit durch unklaren Grenzverlauf — Tote und Verwundete — Sicherheitsrat veranlaßt Prüfung an Ort und Stelle — Öl-vorkommen vermutet — Friedlicher Ausgleich hat Chancen (40)

I. Ein seit langem zwischen Irak und Iran schwelender Grenzstreit ist eingedämmt

und soll nunmehr durch zweiseitige Verhandlungen beigelegt werden. Mit diesem Ergebnis zog der Sicherheitsrat eine Bilanz der von ihm veranlaßten Vermittlungs-bemühungen im Mittleren Osten.

Der Konflikt war in einem 200 km langen Abschnitt der Grenze zwischen Irak und Iran seit Dezember 1973 mehrfach aufgeflammt und hatte mehr als 100 Tote und Verwundete gefordert. Ursache des Grenzstreits sind Meinungsverschiedenheiten in der Auslegung des irakisch-iranischen Grenzvertrags von 1937. Nach irakischer Auffassung hat Iran den Vertrag durch Grenzüberschreitungen verletzt. Der Iran indessen wirft Irak vor, den Vertrag nicht erfüllt zu haben. Darüberhinaus habe der Vertrag, der den Iran ohnehin benachteilige, nicht die Grenze in dem umstrittenen Abschnitt endgültig festgelegt. Iran habe ihn zudem bereits 1969 für nichtig erklärt. In der Tat hat die durch den Vertrag von 1937 eingesetzte Kommission die Grenze nicht eindeutig bestimmen können. So kam es, daß beide Regierungen schließlich die Grenze unabhängig voneinander festsetzten. Hierdurch entstanden die umstrittenen Gebiete, die jede Partei für sich beansprucht.

Der Konflikt beschäftigte auf irakischem Antrag (S/11216) seit Februar 1974 den Sicherheitsrat. Beide Regierungen machten sich gegenseitig für die blutigen Zwischenfälle verantwortlich. Der irakische UN-Vertreter bescheinigte dem Iran anmaßende Herrschaftsgelüste. Der Botschafter des Iran hingegen beschuldigte den Irak, er betreibe seit langem eine feindliche und subversive Politik gegen den Iran. Vertreter weiterer Länder nutzten die Gelegenheit, erneut ihre eigenen Zwistigkeiten mit dem Iran vor dem Sicherheitsrat auszubreiten. So berichtete Südjemen von einer Invasion iranischer Truppen mit nordamerikanischer Hilfe in Oman (1973). Die arabischen Emirate erinnerten an die iranische Besetzung von drei Inseln im Persischen Golf, von denen sich Großbritannien 1971 zurückgezogen hatte. Libyen schließlich behauptete, Imperialismus, Neokolonialismus und Zionismus vereinigten sich in den Plänen des Schahs.

Trotz der gegenseitigen Anschuldigungen erklärten sich Iran und Irak bereit, den Grenzstreit durch direkte Gespräche friedlich beizulegen. Daher stimmten sie auch einem Vorschlag des Sicherheitsrats zu, ein vom Generalsekretär zu ernennender Sonderbeauftragter solle an Ort und Stelle die Umstände untersuchen, die zu den Zwischenfällen geführt hatten, zur Klärung der unterschiedlichen Auslegung der Verträge mit den Streitparteien Kontakt aufnehmen und dem Rat über das Ergebnis seiner Bemühungen berichten.

Der Vorschlag war von allen Ratsmitgliedern mit Ausnahme Chinas gebilligt worden. Der chinesische UNO-Botschafter Huang Hua meldete Bedenken gegen eine Einmischung der Vereinten Nationen in ein Problem an, das auf der Grundlage der »Fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz« durch direkte Verhandlungen zwischen Irak und Iran gelöst werden könne. Im übrigen sei der Grenzstreit ein Erbe der kolonialen Geschichte. Wie alle Entwicklungsländer müßten beide Staaten ihre nationale Un-